

## EasyJet bekennt sich zu Basel

Lösung des Steuerstreits kommt wohl erst Ende Jahr – die Airline will nicht abwandern

Von Rahel Koerfgen

**Basel/Zürich.** In wenigen Wochen, am 25. Oktober 2015, startet am EuroAirport der Winterflugplan. Wartete EasyJet in der Vergangenheit jeweils mit mehreren neuen Strecken auf, ist es in dieser Saison gerade mal eine Destination, die die Billiglinie ab Basel neu anfliegt: Prag wird ab Winter 2015/2016 bis zu drei Mal wöchentlich angefliegen.

Der Grund für die Zurückhaltung von EasyJet: Noch immer ist der Steuerstreit zwischen der Schweiz und Frankreich nicht gelöst – und solange dies der Fall ist, wird EasyJet mit einem deutlichen Ausbau zuwarten. Zwar sind drei von vier Punkten im Steuerstreit geklärt; der vierte Punkt aber, die Frage nach der Besteuerung der Schweizer Firmen im Schweizer Sektor, ist immer noch offen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten stellte vor wenigen Monaten eine Lösung im Oktober in Aussicht. Heute sind die Zeitangaben weitaus weniger konkret: Claus Wepler, Generalsekretär des Basler Wirtschaftsdepartements, gibt auf Anfrage «Ende Herbst» an. «Zum Punkt Unternehmensbesteuerung haben den Sommer über vertiefte Analysen stattgefunden. Die Ergebnisse werden derzeit von beiden Seiten geprüft.»

Überraschende Ergebnisse, so Wepler weiter, gebe es nicht: «Unter französischen Steuerregeln sind mehr Abgaben zu leisten, als es bei Besteuerung nach Schweizer Recht der Fall ist.» Die Gespräche auf Stufe der Aussenministerien seien vor diesem Hintergrund jetzt wieder angelaufen.

### «Wir sind noch nicht am Ende»

Damit dürfte eintreffen, wovor sich gerade die kleinen Firmen im Schweizer Sektor am meisten gefürchtet haben: Auf sie kommt ein erheblicher grösserer finanzieller und administrativer Aufwand zu. Wepler dazu: «Die Verhandlungen laufen noch. Wir sind noch nicht am Ende.» Auf die Frage, ob dies zur Folge haben könnte, dass sich die Verhandlungen länger als Herbst hin-



Abwarten. EasyJet stationiert die zehnte Maschine in Basel erst, wenn alle Punkte im Steuerstreit geklärt sind. Foto Keystone

ziehen könnten, ging er nicht ein. Danach sieht es derzeit allerdings aus.

Er rechne mit einer Lösung frühestens im Dezember, «wenn nicht gar erst im kommenden Jahr», sagt ein Insider zur BaZ. Die Befürchtungen stehen im Raum, dass EasyJet bald der Geduldssack reiss, wenn sich die Verhandlungen noch lange hinziehen. In Foren wird darüber diskutiert, ob Zürich als alternative Basis für EasyJet in der Deutschschweiz infrage kommen könnte. EasyJet habe ein «sehr altes Management, das absolut jede Möglichkeit nutzt, um noch weiter expandieren zu können», sagt ein Branchenkenner dazu.

Thomas Haagensen, Nordeuropa-Chef von EasyJet, will davon nichts wissen: «Wir haben jahrelang investiert und hegen keine Pläne, den EuroAirport zu verlassen. Aber es ist schon so: Die Stationierung der zehnten Maschine in Basel beschliesst EasyJet erst, wenn das Gesamtpaket unterzeichnet ist.» Es sei schade, dass sich die Verhandlungen so lange hinziehen würden, so der Manager. Trotzdem sei auch nicht geplant, in Zürich zu expandieren – EasyJet fliegt London Gatwick und London Luton ab Zürich an. «Grundsätzlich ist es für uns ein interessanter Markt, weil es eine Businessstadt ist. Aber wir fokussieren in der Schweiz weiter auf Basel und Genf.» Und falls EasyJet doch dereinst in Zürich investieren sollte, würde das «nicht auf Kosten von Basel gehen», sagt Haagensen weiter. «Das sind zwei ganz unterschiedliche Märkte.»

### Zürich ist keine attraktive Lösung

Am Flughafen Zürich bestehen derzeit ohnehin keine Pläne, im Europageschäft vermehrt Low Cost Carrier, also Billiglinien, zu gewinnen. «Von Zürich aus können derzeit 112 Destinationen in Europa direkt angefliegen werden. Wir sind gut aufgestellt und mit dem Angebotsmix zufrieden», sagt Flughafen-Sprecher Michael Stief zur BaZ. Im Übrigen würden die Grenzen

zwischen traditionellen Anbietern und Billiglinien zunehmend verschwimmen – zumindest aus Konsumentensicht: «Man kann heute nicht mehr von reinen Low Cost Carriern oder reinen Premium Airlines sprechen. Die Swiss hält mittlerweile preislich mit Fluglinien wie EasyJet mit, und EasyJet hat seinen Service erheblich verbessert.» Deshalb würde der Flughafen Zürich niemals eine Strategie fahren, die sich lediglich auf Gesellschaften mit einem bestimmten Geschäftsmodell konzentriert: «Grundsätzlich kann jede Airline Zürich anfliegen – solange der Slot, denn sie sich wünscht, auch frei ist.»

Diese Slots, die Zeitfenster, während denen eine Airline den Flughafen zum Starten oder Landen eines Flugzeugs benutzen darf, sind in Zürich aber rar, weil sehr begehrt. Besonders zu Spitzenzeiten gibt es kaum freie Kapazitäten: Die Slots werden am Umsteieflughafen Zürich vor allem von Linienfluggesellschaften besetzt – Airlines wie EasyJet, die keinen Anschlussverkehr betreiben, werden auf weniger belegte Zwischenzeiten verdrängt. Das macht Zürich gerade auch für Billiglinien unattraktiv – nebst der Tatsache, dass die Gebühren hier zu den höchsten in Europa gehören.

## Jürg Rami referiert über den EuroAirport

**Chancen und Risiken.** Ende Juli 2015 ist Jürg Rami (60) als Direktor des EuroAirports



Jürg Rami.

Foto Henry Muchenberger

zurückgetreten. Unter seiner Ägide wurde der Flughafen hochprofitabel – nicht zuletzt dank der Fokussierung auf Billigfluggesellschaften wie EasyJet. Über seine Erfahrungen, über das grosse Wach-

tumspotenzial der Low Cost Carrier in Europa und über das Konstrukt EuroAirport als binationaler Flughafen wird Jürg Rami heute Abend referieren: Die Statistisch-Volkswirtschaftliche Gesellschaft Basel lädt dazu in die Aula der Universität Basel. Die Gesellschaft veranstaltet sechs Vorträge pro Jahr zu aktuellen Themen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. rak

Jürg Rami: «EuroAirport – Ein Unikat mit Chancen und Risiken». Referat in der Aula der Universität Basel, Petersplatz 1. 14. September 2015, Beginn um 18.15 Uhr.

## Eurozone zankt über Lehren aus Griechenland

Finanzminister debattieren bei Treffen über die Vorsorge für künftige Bankenrettungen

Von Detlef Fechtner, Brüssel

In der Eurozone bahnt sich Streit darüber an, welche Lehren die Währungsunion aus der Eskalation der Krise im Frühsommer in Griechenland ziehen soll. Einigkeit besteht zwar darüber, dass die 19 Eurostaaten die Wiederholung einer solchen Zitterpartie vermeiden wollen. Denn die hektischen Verhandlungen in Not- und Nachtsitzungen haben mitverschuldet, dass viele Sparer ihr Geld von den Banken abgezogen und die Geldhäuser dadurch in noch schwerere Nöte gebracht haben. Zudem sind durch das anhaltende Hickhack beim Rettungsmanagement auch noch die letzten Investoren abgeschreckt worden.

Aus Sicht von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und mehreren südlichen Eurostaaten sollte die Eurozone die aktuelle Atempause nut-

zen, um zügig Schwachstellen der Bankenunion zu beheben. Gefordert wird beispielsweise, dass in einer Übergangsphase der Euro-Rettungsschirm (ESM) angezapft werden kann, falls Banken in Schieflage geraten und schnell abgewickelt werden müssen.

Da eine solche schonende Entsorgung Milliarden kostet, die Banken aber gerade erst die Finanztöpfe langsam aufbauen, die im Fall der Fälle zu Verfügung stehen sollen, benötige die Eurozone ein finanzielles Fangnetz – nur dann bestehe Hoffnung, dass die Investoren wieder neuen Mut fassen. EU-Kommission, Zentralbank und Südländer machen sich ausserdem dafür stark, dass die Einlagensicherung schnell gemeinschaftet wird. Konkret würde das bedeuten, dass bei einer Pleite einer italienischen Bank die Kunden dieses Instituts alle Kontoguthaben bis 100000 Euro unter Umständen auch

durch Rückgriff auf Notfonds der deutschen oder finnischen Banken erstattet bekommen – oder gleich von vornherein alle Notgroschen in einem grossen europäischen Topf gesammelt werden.

### Angst vor weiteren Nothilfen

Die Bundesregierung läuft Sturm gegen diese beiden Vorhaben – und wird dabei von Niederländern, Finnen und Österreichern unterstützt. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble fürchtet nämlich, dass einige grosse Banken, etwa in Griechenland, schon bald ins Wanken geraten – und dann alles Geld, das deutsche Geldhäuser für Notfälle angespart haben, ruckzuck nach Hellas überwiesen werden muss. Schäuble ist besorgt, dass dies letztlich zu einem schleichenden Abfluss von Einlagen deutscher Banken führen könnte, weil die Sparer – in Zeiten von Minizinsen ohnehin nicht ver-

wöhnt – das Vertrauen in ihre Hausbank verlieren könnten.

Schäuble hat den Euro-Ministerkollegen daher bei einem Treffen in Luxemburg Gegenvorschläge unterbreitet, die weniger auf Risikoteilung durch gemeinsame Haftung zielen als vielmehr auf Vorbeugung durch Selbstverantwortung. Dazu zählt ein strengerer Blick auf die Kapitalreserven der Banken – oder auch auf die automatische Verlängerung von Schuldenlaufzeiten, solange die betroffenen Schuldnerländer tatsächlich sparsam sind.

Reformeifer und Sparsamkeit werden übrigens auch von Griechenland verlangt – ganz egal, wie die Wahl am nächsten Sonntag ausgeht. Die Eurominister machten in Luxemburg klar, dass die Vereinbarungen in ihren zentralen Inhalten nicht mehr neu diskutiert werden, auch wenn die Regierung in Athen wechseln sollte.

## UPC informiert korrekt über Preise

Statthalteramt Bülach weist Anzeige von Sunrise zurück

**Bülach/Zürich.** In der Frage, ob UPC Cablecom in der Werbung die Preise korrekt ausweist, hat der Kabelnetzbetreiber und Telekomanbieter recht erhalten. Das Statthalteramt Bülach wies eine Anzeige wegen Verstosses gegen die Preisbekanntgabeverordnung ab. Unternehmenssprecher Bernard Strapp bestätigte eine entsprechende Meldung des *Sonntagsblicks*. Eingereicht hatte die Anzeige im Sommer der Konkurrent Sunrise. Dieser war der Meinung, UPC Cablecom verweise bei seinen Preisangaben zu wenig auf die Tatsache, dass die Grundgebühr für den Kabelanschluss meist vom Vermieter über die Mietnebenkosten abgerechnet würde.

Das Statthalteramt Bülach sah hingegen keinen Verstoß gegen die Preisbekanntgabeverordnung. Gemäss Strapp stützte sich die Behörde beim Entscheid unter anderem auf ein früheres Urteil des Handelsgerichts Zürich.

Der Kabelnetzbetreiber freut sich über die Abweisung der Anzeige. «Wir sind nie von einem anderen Entscheid ausgegangen, sind nun aber froh, dass auch diese Instanz wie zuvor die Lauterkeitskommission und indirekt der Preisüberwacher unsere Werbung nicht beanstandet», sagte Strapp. Bei Sunrise war gestern keine Stellungnahme zum Thema erhältlich.

Die Anzeige gegen UPC Cablecom richtete sich konkret gegen einen Fernsehwerbespot, in dem Schauspieler Carlos Leal sowie Komikerin und Ex-Miss-Schweiz Stéphanie Berger zu sehen sind. Darin wird nach Ansicht von Sunrise nicht korrekt auf die Grundgebühr von 29.95 Franken für den Anschluss bei der Konkurrenz hingewiesen. SDA

## Diese Woche

### 14.09. Montag

- > Halbjahresergebnis des Elektroinstallationskonzerns Burkhalter
- > Das Bundesamt für Statistik (BFS) informiert über die Detailhandelsumsätze im Juli sowie den Produzenten- und Importpreisindex im August
- > Rückversicherer Swiss Re zur Prämienenerneuerungsrunde
- > Verkehrsstatistik des Zürcher Flughafens für August

### 15.09. Dienstag

- > Credit Suisse zu den Wirtschaftsprognosen 2016
- > Swisscom informiert über Neuerungen bei Swisscom-TV
- > Halbjahresergebnis des Versicherungskonzerns Vaudoise

### 16.09. Mittwoch

- > ZEW-Indikator Schweiz der Credit Suisse und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung
- > Zwischenbericht des Luxusgüterherstellers Richemont
- > Halbjahresergebnis des Onlinereisebüros Lastminute.com
- > Inflationsquote in der Eurozone und in den USA im August
- > Beginn der Zinssitzung der US-Notenbank Fed

### 17.09. Donnerstag

- > Geldpolitische Lagebeurteilung der Schweizerischen Nationalbank (SNB)
- > Konjunkturprognose des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco)
- > Sitzung des Fed-Offenmarktausschusses mit Erläuterungen zum Zinsentscheid
- > Eröffnung der 66. Internationalen Automobilausstellung (IAA)

### 18.09. Freitag

- > Medienkonferenz des Pharmakonzerns Roche zur Eröffnung des Baus 1
- > Halbjahresergebnisse der Versicherungsgesellschaft Mobiliar, der Immobiliengesellschaft Piazza und des Transportunternehmens BVZ (Matterhorn-Gotthard-Bahn)